Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

22.09.1994 - Beschlußprotokoll 60. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
60. Sitzung
22. 09. 94
Nr. 13/832 — 13/856

Nr. 13/832

Bosnien-Herzegowina

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 21. September 1994
(Drucksache 13/996)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß Bürgermeister Hans Koschnick seine Kraft, seinen Mut und seine Erfahrungen in den nächsten Jahren als EU-Administrator im kriegszerstörten Mostar zur Verfügung stellt. Dies ist ein wichtiges Hoffnungssignal für die leidenden Menschen in Bosnien-Herzegowina.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß über die Bereitstellung von Mitteln der Europäischen Union hinaus die Beendigung des Krieges, die Überwindung von Haß, Gewalt und Zerstörung eine breite Solidarität der Bevölkerung Europas erfordern.

3. Das Bosnien-Kommitee Bremen, eine von allen vier in der Bürgerschaft vertretenen demokratischen Parteien getragene Initiative, bemüht sich seit eineinhalb Jahren, den Bürgerinnen und Bürgern der Region Tuzla-Lukavac in Zentralbosnien Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung gerade dieser Region wurde gewählt, weil in Tuzla-Lukavac das Zusammenleben aller drei konstitutiven Gruppen Bosniens noch erhalten ist. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Ansicht, daß dieser Prozeß auch in Zukunft unterstützt werden muß.

4. Bremer und Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger haben bisher in vorbildlicher Weise durch ihre großzügige Spendenbereitschaft Hilfeleistungen nach Bosnien und Kroatien ermöglicht.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Finanzdeputation zu prüfen, ob im Haushalt 1995 bis zur Höhe von DM 1 Mio. Komplementärmittel für die ab dem 1. Oktober 1994 eingehenden Spenden eingeplant werden können.

Nr. 13/833

Erlaß eines Gesetzes über die Berufe der Altenpflege im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP
vom 19. Juli 1994
(Neufassung der Drs. 13/934 vom 14. 06. 94)
(Drucksache 13/958)

Ab 1. April 1995 haben Pflegebedürftige Anspruch auf Leistungen für häusliche Pflege aus der Pflegeversicherung. Viele Pflegebedürftige werden dann nicht mehr ausschließlich auf die Pflege durch Familienangehörige und Nachbarn angewiesen sein, sondern verstärkt ambulante sozialpflegerische Dienste in Anspruch nehmen können. Damit wächst der Bedarf an fachlich qualifizierten Altenpflegekräften. Zur Deckung dieses Bedarfs kann sich Bremen nicht ausschließlich auf die von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Umschulungsmaßnahmen in der Altenpflege verlassen, sondern muß zusätzlich die Möglichkeit zur Erstausbildung schaffen. Da absehbar ist, daß die Initiative des Bundesrates keine Chance hat, noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet zu werden, sollte nicht länger auf eine bundeseinheitliche Regelung gewartet werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft bis Ende des Jahres 1994 den Entwurf für ein Landesgesetz über die Ausbildung in der Altenpflege und in der Altenpflegehilfe vorzulegen. In dem Gesetz sind insbesondere Regelungen zu treffen über:

- die dreijährige Ausbildungsdauer als Regel
- die Verkürzung der Ausbildungsdauer bei bestimmten Vorbildungen und -tätigkeiten
- Möglichkeiten der berufsbegleitenden Ausbildung
- die Einräumung eines Anspruchs auf Ausbildungsvergütung
- die Finanzierung der Ausbildungsvergütung
- den Schutz der Berufsbezeichnungen.

Dabei ist davon auszugehen, daß neben oder anstatt der Ausbildung in Berufsfachschulen auch eine Ausbildung im Rahmen des dualen Systems mit den Lernorten Berufsschule und Betrieb erfolgt.

Nr. 13/834

Sparkassengesetz für öffentlich-rechtliche Sparkassen im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1994
(Drucksache 13/938)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 21. September 1994
(Neufassung der Drs. 13/991 vom 20. 09. 94)
(Drucksache 13/992)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in der als Anlage 1 beigefügten Fassung in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/835

Landesenergieprogramm 1994 gemäß § 13 des Bremischen Energiegesetzes vom 17. September 1991
Mitteilung des Senats vom 14. Juni 1994
(Drucksache 13/941)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/836

Zusätzliche Maßnahmen zur Haushaltssicherung
Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1994
(Drucksache 13/943)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/837

Verkauf von Grundstücken im Fischereihafen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Juni 1994
(Drucksache 13/945)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/838

Den Verkehrsinfarkt bekämpfen
— Bau der Magnetschnellbahn Berlin—Hamburg—Bremen—Bonn —
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 1992
(Drucksache 13/391)

D a z u

Bau einer Magnetschwebebahn Berlin—Hamburg—Bremen—Bonn
Mitteilung des Senats vom 30. August 1994
(Drucksache 13/977)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/839

Den Verkehrsinfarkt bekämpfen
Bau der Magnetschnellbahn Berlin—Hamburg—Bremen—Bonn
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. September 1994
(Drucksache 13/993)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/840

Privatisierung und Übertragung von Aufgaben der Wasserbehörden an Dritte
Mitteilung des Senats vom 28. Juni 1994
(Drucksache 13/952)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/841

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42
vom 12. Juli 1994
(Drucksache 13/955)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/842

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 43
vom 13. September 1994
(Drucksache 13/987)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/843

Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter am Finanzgericht

Mitteilung des Senats vom 12. Juli 1994
(Drucksache 13/956)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Damen und Herren zu Vertrauensleuten für den Ausschuß zur Wahl der ehrenamtlichen Richter am Finanzgericht:

Niestädt, Karl-Hermann (SPD)
Stellvertreterin: Morgenthal, Luise (SPD)

Kramer, Uwe (SPD)
Stellvertreter: Drewes, Werner (SPD)

Hoffmann, Karin (SPD)
Stellvertreter: Tiedemann, Dieter (SPD)

Dr. Röper, Erich (CDU)
Stellvertreter: Mix, Fred (CDU)

Gerdes, Dieter (CDU)
Stellvertreter: Tamm, Karl-Heinz (CDU)

Neubrander, Wolfram (FDP)
Stellvertreterin: Menke, Antje (FDP)

Oellerich-Boehme, Rainer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Stellvertreterin: Müller-Warsewa, Marianne (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Nr. 13/844

Gesetz zum Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1994
(Drucksache 13/959)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in der als Anlage 2 beigefügten Fassung in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/845

Außenwirtschaftskonzept der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 2. August 1994
(Drucksache 13/970)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/846

Zunehmende Kriminalität

Antrag der Gruppe der NK
vom 17. August 1994
(Drucksache 13/971)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/847

Stellungnahme des Senats zum 16. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 16. August 1994
(Drucksache 13/972)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Datenschutzausschuß.

Nr. 13/848

Finanz-Controlling — Quartalsbericht II/94

Mitteilung des Senats vom 16. August 1994
(Drucksache 13/975)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/849

Maßnahmen gegen sozialen Bankrott

Antrag der Gruppe der DVU
vom 31. August 1994
(Drucksache 13/979)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/850

Gegen „PDS" und linke „Volksfront"

Antrag der Gruppe der DVU
vom 31. August 1994
(Drucksache 13/980)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/851

Sicherung des Rechtsstaates

Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 31. August 1994
(Drucksache 13/981)

Der Entschließungsantrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/852

Nachwahlen für den Landesjugendhilfeausschuß im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 6. September 1994
(Drucksache 13/984)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Ilona M a k o s s a

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Norbert Breeger sowie

Herrn Peter K o r d e s

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Jens Oppermann zu Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 13/853

Wahl eines Mitglieds des Landesbeirats für Jugendbildung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Gunnar H a b i t z
Heidlerchenstraße 2
28777 Bremen

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Ralf Mulde zum Mitglied des Landesbeirats für Jugendbildung.

Nr. 13/854

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Umweltschutz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin T u c z e k

anstelle der aus der Deputation ausgeschiedenen Abgeordneten Ulrike Schreiber zum Mitglied der staatlichen Deputation für Umweltschutz.

Nr. 13/855

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Arbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin T u c z e k

anstelle des aus der Deputation ausgeschiedenen Deputierten Hagen Möller zum Mitglied der staatlichen Deputation für Arbeit.

Nr. 13/856

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
   Antrag der Fraktion der CDU vom 5. September 1994
   (Neufassung der Drs. 13/976 vom 30. 08. 94)
   (Drucksache 13/982)

2. Zusätzliche Maßnahmen zur Haushaltssicherung
   Rangfolge der Investitionen im Hochbau, Tiefbau und Gartenbau
   Mitteilung des Senats vom 6. September 1994
   (Drucksache 13/983)

Druck: Hans Krohn, Bremen